# Stadtverordnetenversammlung Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

17. September 2014 1 von 9

#### Niederschrift

über die 25. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung am Dienstag, 9. September 2014, 17:00 Uhr im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

#### Anwesende:

#### Mitglieder

Stefan Kortmann, Vorsitzender, CDU
Frank Oberbrunner, 1. stellvertretender Vorsitzender, FDP
Dr. Manuel Eichler, 2. stellvertretender Vorsitzender, SPD
Doğan Aydın, Mitglied, SPD
Gabriele Jakat, Mitglied, SPD
Enrico Schäfer, Mitglied, SPD
Norbert Sprafke, Mitglied, SPD
Birgit Hengesbach-Knoop, Mitglied
Dr. Andreas Jürgens, Mitglied, B90/Grüne
Eva Koch, Mitglied, B90/Grüne
Eva Koch, Mitglied, B90/Grüne
Wolfram Kieselbach, Mitglied, CDU
Birgit Trinczek, Mitglied, CDU
Axel Selbert, Mitglied, Kasseler Linke
Dr. Bernd Hoppe, Mitglied, Demokratie erneuern

(Vertretung für Thomas Koch)

(Vertretung für Dorothee Köpp)

# Teilnehmer mit beratender Stimme

Jörg-Peter Bayer, Stadtverordneter, Piraten Luigi Zisa, Vertreter des Ausländerbeirates Carola Hiedl, Vertreterin des Behindertenbeirates Dieter Pfeiffer, Vertreter des Seniorenbeirates

# Magistrat

Jürgen Kaiser, Bürgermeister, SPD

#### Schriftführung

Andrea Herschelmann, Büro der Stadtverordnetenversammlung

# Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Kathy Käferstein, Ordnungsamt
Ulrich Krebs, Ordnungsamt
Ute Pähns, Sozialamt
Norbert Strauch, Bürgeramt
Frank Grützmacher, Kämmerei und Steuern
Michael Schreyer, Kämmerei und Steuern
Nina Djamali, Rechtsamt
Kai Empacher, Hauptamt

# Tagesordnung:

1.	Gesundheit Nordhessen Holding AG	101.17.1394
	Änderung der Ergebnisabführungsverträge (EAV) auf Grund § 17	
	Satz 2 Nr. 2 KStG i. d. Fassung des	
	Unternehmenssteuerreformgesetzes (UntStRefG)	
2.	Konzerngesellschaften der Kasseler Verkehrs- und	101.17.1411
	Versorgungs-GmbH	
	Änderung der Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge auf	
	Grund § 17 Satz 2 Nr. 2 KStG i. d. Fassung des	
	Unternehmenssteuerreformgesetzes (UntStRefG)	
3.	GWG Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Kassel	101.17.1412
	mit beschränkter Haftung	
	Änderung des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages	
	auf Grund § 17 Satz 2 Nr. 2 KStG i. d. Fassung des	
	Unternehmenssteuerreformgesetzes (UntStRefG)	
4.	Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Steuer	101.17.1413
	auf Spielapparate, auf das Spielen um Geld oder Sachwerte und auf	
	Vergnügen besonderer Art im Gebiet der Stadt Kassel vom	
	13.11.1995 in der Fassung der Fünften Änderung vom 10.12.2012	
	(Sechste Änderung)	
5.	Willkommenskultur für Flüchtlinge und Asylbewerber*innen	101.17.1330
6.	Abschiebungen aus Kassel	101.17.1366
7.	Aktivitäten von Salafisten im Stadtgebiet Kassel	101.17.1367
8.	Trinker- und Drogenszene auf dem Friedrichsplatz	101.17.1381
9.	Überprüfung des Trinkraumkonzepts	101.17.1392
10.	Expertenanhörung zum Graffiti-Problem	101.17.1393

Vorsitzender Kortmann eröffnet die mit der Einladung vom 1. September 2014 ordnungsgemäß einberufene 25. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

# **Zur Tagesordnung**

Vorsitzender Kortmann teilt mit, dass die Tagesordnungspunkte

- Konzerngesellschaften der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH Änderung der Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge auf Grund § 17 Satz 2 Nr. 2 KStG i. d. Fassung des Unternehmenssteuerreformgesetzes (UntStRefG) Vorlage des Magistrats
  - 101.17.1411 -
- 3. GWG Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Kassel mit beschränkter Haftung Änderung des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages auf Grund § 17 Satz 2 Nr. 2 KStG i. d. Fassung des Unternehmenssteuerreformgesetzes (UntStRefG)

Vorlage des Magistrats

- 101.17.1412 -

und

4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate, auf das Spielen um Geld oder Sachwerte und auf Vergnügen besonderer Art im Gebiet der Stadt Kassel vom 13.11.1995 in der Fassung der Fünften Änderung vom 10.12.2012 (Sechste Änderung)

Vorlage des Magistrats

- 101.17.1413 -

von der heutigen Tagesordnung abgesetzt werden, da keine beratungsfähige Vorlage des Magistrats vorliegt.

Die geänderte Tagesordnung wird von Vorsitzendem Kortmann so festgestellt.

Gesundheit Nordhessen Holding AG
 Änderung der Ergebnisabführungsverträge (EAV) auf Grund § 17 Satz 2 Nr. 2 KStG
 i. d. Fassung des Unternehmenssteuerreformgesetzes (UntStRefG)
 Vorlage des Magistrats
 - 101.17.1394 -

#### **Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

- 1. Die zwischen der Gesundheit Nordhessen Holding AG und
- · Klinikum Kassel GmbH,
- · Krankenhaus Bad Arolsen GmbH,
- Kreiskliniken Kassel GmbH,
- Seniorenwohnanlagen SWA Kassel GmbH,
- ökomed GmbH,
- Reha-Zentrum im Klinikum Kassel GmbH Tagesklinik für Rehabilitation und Prävention,
- Casalis Ambulantes Orthopädisches Reha-Zentrum GmbH,

bestehenden Ergebnisabführungsverträge, sowie der Ergebnisabführungsvertrag zwischen der Klinikum Kassel GmbH und der ZMV GmbH, werden in § 4 wie folgt geändert:

§ 4 (alt)

Verlustübernahme

§ 302 AktG gilt entsprechend.

§ 4 (neu)

Verlustübernahme

Für die Verlustübernahme gelten die Vorschriften des § 302 AktG in seiner jeweils gültigen Fassung entsprechend.

 Der Magistrat wird ermächtigt, die zur Umsetzung des Beschlusses erforderlichen Erklärungen in der jeweils rechtlich gebotenen Form rechtsverbindlich abzugeben. Die Ermächtigung umfasst auch die Vornahme etwaiger redaktioneller Ergänzungen, Änderungen, Streichungen oder Klarstellungen."

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: Kasseler Linke

den

#### **Beschluss**

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Gesundheit Nordhessen Holding AG Änderung der Ergebnisabführungsverträge (EAV) auf Grund § 17 Satz 2 Nr. 2 KStG i. d. Fassung des Unternehmenssteuerreformgesetzes (UntStRefG), 101.17.1394, wird zugestimmt.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Manuel Eichler

 Konzerngesellschaften der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH Änderung der Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge auf Grund § 17 Satz 2 Nr. 2 KStG i. d. Fassung des Unternehmenssteuerreformgesetzes (UntStRefG)

Vorlage des Magistrats

- 101.17.1411 -

## **Abgesetzt**

3. GWG Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Kassel mit beschränkter Haftung Änderung des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages auf Grund § 17

Anderung des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages auf Grund § 1/
Satz 2 Nr. 2 KStG i. d. Fassung des Unternehmenssteuerreformgesetzes
(UntStRefG)

Vorlage des Magistrats

- 101.17.1412 -

# **Abgesetzt**

4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate, auf das Spielen um Geld oder Sachwerte und auf Vergnügen besonderer Art im Gebiet der Stadt Kassel vom 13.11.1995 in der Fassung der Fünften Änderung vom 10.12.2012 (Sechste Änderung)

Vorlage des Magistrats

- 101.17.1413 -

## Abgesetzt

Willkommenskultur für Flüchtlinge und Asylbewerber\*innen
 Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
 101.17.1330 -

#### Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

- 1. Welche Sprachkurse werden für Flüchtlinge und Asylbewerber\*innen in Kassel bisher angeboten?
- 2. Welche Überlegungen gibt es, um die bisher durch Spenden finanzierten Deutschkurse für Flüchtlinge und Asylbewerber\*innen durch städtische Mittel zu unterstützen?
- 3. Welche Maßnahmen sind geplant, um die Zahl der Deutschkurse für Flüchtlinge und Asylbewerber\*innen in 2014 dem Bedarf anzupassen?
- 4. Wie lange warten erwachsene Flüchtlinge ohne Aufenthaltstitel derzeit bis sie an einem Deutsch-Sprachkurs teilnehmen können?
- 5. Welche Ergebnisse wurden bisher erzielt, um Unterstützung durch das Land Hessen bei der Aufnahme, Versorgung und Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerber\*innen zu erhalten (vgl. Beschluss vom 31.3.2014, 101.17.1260)?

Bürgermeister Kaiser beantwortet die Anfrage und sagt die schriftliche Beantwortung als Anlage zur Niederschrift zu.

Nach Beantwortung durch Bürgermeister Kaiser erklärt Vorsitzender Kortmann die Anfrage für erledigt.

# 6. Abschiebungen aus Kassel

Anfrage der Fraktion Kasseler Linke - 101.17.1366 -

#### Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

- Wieviele Ausländer (aufgegliedert nach Männern, Frauen sowie Kinder und Jugendliche) mit bisherigem Aufenthalt in der Stadt Kassel aus welchen Herkunftsländern wurden jeweils in den Jahren 2010–2013 und im 1. Halbjahr 2014 von der Ausländerbehörde aus Deutschland in welche Zielländer abgeschoben?
- 2. Wieviele Abschiebungen hiervon erfolgten
  - a. aufgrund einer des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge nach abgeschlossenem Asylverfahren,
  - b. aufgrund einer Abschiebungsanordnung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Dublin-Verfahren,
  - c. aufgrund einer nicht eingehaltenen Ausreiseaufforderung nach Nichterteilung oder Nichtverlängerung eines Aufenthaltstitels,
  - d. aufgrund einer nicht eingehaltenen Ausreiseaufforderung nach Verfügung einer Ausweisung,
  - e. direkt aus der Haft aufgrund eines Ausweisung?
- 3. In wie vielen der unter 2 genannten Fällen wurde Abschiebehaft
  - a. von der Ausländerbehörde beantragt und,
  - b. vom Haftrichter angeordnet?
- 4. Welche Kosten entstanden der Stadt Kassel jeweils in den Jahren 2010 2013 durch diese Abschiebungen?
- 5. Für welche spezifischen Aufwendungen sind die im Haushalt 2014 für Abschiebekosten eingeplanten 71.300,00 EUR vorgesehen?
- 6. Kann die Stadt Kassel für Abschiebekosten Erstattungsleistungen gegenüber dem Land Hessen oder dem Bund geltend machen? Wenn ja, in welchem Umfang und für welche Aufwendungen?

Bürgermeister Kaiser beantwortet die Anfrage und sagt die schriftliche Beantwortung als Anlage zur Niederschrift zu.

Nach Beantwortung durch Bürgermeister Kaiser erklärt Vorsitzender Kortmann die Anfrage für erledigt.

#### 7. Aktivitäten von Salafisten im Stadtgebiet Kassel

Anfrage der CDU-Fraktion - 101.17.1367 -

#### Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

- 1. Welche Erkenntnisse hat der Magistrat über Aktivitäten von Salafisten im Stadtgebiet Kassels?
- 2. Haben in den letzten 5 Jahren Vertreter der Salafisten Informationsstände bzw. Informationsveranstaltungen zur Genehmigung bei der Stadt Kassel beantragt (Bitte Veranstaltungsdaten und Veranstaltungsorte nennen)?
- 3. Wurde bei diesen Veranstaltungen auch der Koran verteilt?
- 4. Wurden bei diesen Veranstaltungen andere Schriften verteilt? Wenn ja, welchen Inhalts?
- 5. Sind besondere Vorkommnisse bekannt?
- 6. Wie sieht in dieser Frage die Zusammenarbeit zwischen den städtischen Ordnungsbehörden und der Polizei aus?

Bürgermeister Kaiser beantwortet die Anfrage.

Nach Beantwortung durch Bürgermeister Kaiser erklärt Vorsitzender Kortmann die Anfrage für erledigt.

# 8. Trinker- und Drogenszene auf dem Friedrichsplatz

Antrag der CDU-Fraktion - 101.17.1381 -

## **Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, mit allen zur Verfügung stehenden Kräften dafür zu sorgen, dass das Problem der Trinker- und Drogenszene auf dem Friedrichsplatz schnellstens gelöst wird um Schaden für die Stadt Kassel abzuwenden.

Stadtverordneter Kieselbach, CDU-Fraktion, begründet den Antrag seiner Fraktion.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: CDU

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, FDP, Kasseler Linke, Demokratie erneuern/Freie Wähler

Enthaltung: --

den

#### **Beschluss**

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der CDU-Fraktion betr. Trinker- und Drogenszene auf dem Friedrichsplatz, 101.17.1381, wird **abgelehnt.** 

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Andreas Jürgens, MdL

# 9. Überprüfung des Trinkraumkonzepts

Antrag der CDU-Fraktion - 101.17.1392 -

#### **Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse in der Kasseler Innenstadt, das bisherige Konzept des Trinkraums im Hinblick auf die Effizienz zu überprüfen und zu überarbeiten. Das Ergebnis ist im Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung vorzustellen. Außerdem wird der Magistrat aufgefordert, über seine aktuellen Bemühungen nach einem neuen Standort für den Trinkraum zu berichten.

Stadtverordneter Kieselbach, CDU-Fraktion, begründet den Antrag seiner Fraktion.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: CDU

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, FDP, Kasseler Linke, Demokratie erneuern/Freie Wähler

Enthaltung: --

den

#### **Beschluss**

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der CDU-Fraktion betr. Überprüfung des Trinkraumkonzepts, 101.17.1392, wird **abgelehnt.** 

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Wolfram Kieselbach

#### 10. Expertenanhörung zum Graffiti-Problem

Antrag der CDU-Fraktion - 101.17.1393 -

#### **Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, unverzüglich eine öffentliche Expertenanhörung zur Frage des Graffiti-Problems durchzuführen. Hierzu sollen u.a. eingeladen werden:

- Vertreter von Polizei und Staatsanwaltschaft
- Vertreter der Hauseigentümer-Verbände
- Vertreter des Ordnungsamtes
- Vertreter des Jugendamtes
- Vertreter von Jugendorganisationen
- Vertreter der Maler- und Lackierer-Innung.

Der Antrag wird von Stadtverordnetem Kieselbach, CDU-Fraktion, begründet.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: CDU

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, FDP, Kasseler Linke, Demokratie erneuern/Freie Wähler

Enthaltung: --

den

#### **Beschluss**

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der CDU-Fraktion betr. Expertenanhörung zum Graffiti-Problem, 101.17.1393, wird **abgelehnt.** 

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Axel Selbert

Ende der Sitzung: 18:20 Uhr

Stefan Kortmann
Vorsitzender
Andrea Herschelmann
Schriftführerin

Magistrat der Stadt Kassel Dezernat für Finanzen, Beteiligungen und Soziales



Anfrage der Fraktion Kasseler Linke vom 2. Juni 2014 Vorlage Nr. 101.17.1330 Willkommenskultur für Flüchtlinge und Asylbewerber/innen

#### 1. Frage:

Welche Sprachkurse werden für Flüchtlinge und Asylbewerber/innen in Kassel bisher angeboten?

#### Antwort:

Die VHS Region Kassel bietet für Asylbewerber/innen der Stadt und des Landkreises Kassel zwei kleinere Sprachkurse (zweimal in der Woche à 2h) an.

Der Caritasverband Nordhessen-Kassel bietet zurzeit drei Sprachkurse (je viermal in der Woche à 4h) für Flüchtlinge und Migranten an, die keinen Zugang zu einem Integrationskurs haben. Diese Kurse werden aus Spenden und Stiftungsmitteln finanziert. Überdies finden beim Caritasverband zwei weitere Sprachkurse (zweimal in der Woche à 3h) für Migranten finanziert aus Kirchenmitteln statt.

Weitere kleine Kurse, die oftmals nur an Frauen gerichtet sind, gibt es beim Frauentreff Brückenhof und bei I-Punkt.

In der "Villa Seeberg" findet fast täglich Sprachunterricht statt. Dieser ist ausschließlich ehrenamtlich organisiert.

In der Heinrich-Steul-Schule hat der Ortsbeirat Forstfeld eine "Anschubfinanzierung" zur Verfügung gestellt. Der Sprachkurs wird zurzeit von der dortigen Sozialarbeiterin organisiert.

#### 2. Frage:

Welche Überlegungen gibt es, um die bisher durch Spenden finanzierten Deutschkurse für Flüchtlinge und Asylbewerber/innen durch städtische Mittel zu unterstützen?

# Antwort:

Asylbewerber/innen haben keinen Anspruch auf die Finanzierung eines Sprach- bzw. Integrationskurses. Die Finanzierung von Sprachkursen durch städtische Mittel würde eine freiwillige Leistung darstellen.

#### 3. Frage:

Welche Maßnahmen sind geplant, um die Zahl der Deutschkurse für Flüchtlinge und Asylbewerber/innen in 2014 dem Bedarf anzupassen?

#### Antwort:

Planungen erfolgen jeweils im Rahmen der Betreuungen in den Gemeinschaftsunterkünften oder durch Träger (Kirche, Caritas usw.), die in den jeweiligen Stadtteilen aktiv sind.

#### 4. Frage:

Wie lange warten erwachsene Flüchtlinge ohne Aufenthaltstitel derzeit bis sie an einem Deutsch-Sprachkurs teilnehmen können?

#### Antwort:

Bei der Caritas gibt es eine Warteliste. Die Kurse dauern 3 Monate, so dass mit kleiner Pause zwischen den Kursen etwa 3 ½ Monate Wartezeit liegen. Je nach Höhe der Neuzuweisungen können nicht alle aufgenommen werden. Für diese Asylbewerber\*innen verdoppelt sich die Wartezeit.

Die Kurse bei der VHS Kassel haben ähnliche Wartezeiten.

Über die Wartezeiten beim Frauentreff Brückenhof oder I-Punkt liegen dem Sozialamt keine Informationen vor.

In der Villa Seeberg gibt es praktisch keine Wartezeit.

# 5. Frage:

Welche Ergebnisse wurden bisher erzielt, um Unterstützung durch das Land Hessen bei der Aufnahme, Versorgung und Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerber\*innen zu erhalten (vgl. Beschluss vom 31.03.2014, 101.17.1260)?

#### Antwort:

Durch die Arbeit in den Arbeitsgemeinschaften beim Hess. Städtetag werden die Forderungen in Bezug auf die Zuweisung, Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen und die damit verbundenen Forderungen nach deckenden Kostenerstattungen des Landes, in Absprache mit den anderen Kommunen, formuliert. Konkrete Ergebnisse liegen noch nicht vor.

Dr. Barthel Stadtkämmerer Bir goamt

Stadtverordneten-Versartinellung
Kossel
Eing. 15. SEP. 2014

12. Juli 2014 Herr Strauch Tel. 7039

An M

Anfrage der Fraktion Kasseler Linke zu Abschiebungen aus Kassel vom 30.6.14

Zu der Anfrage geben wir folgende Stellungnahme ab:

#### Zu Frage 1:

Anzahl der Abschiebungen in den Jahren 2010 bis 2014:

- 2010 = 49
- 2011 = 58
- 2012 = 51
- 2013 = 43
- 2014 = 19

Herkunfts-/bzw. Zielländer siehe Anlage 1.

Eine statistische Erfassung von Geschlecht und Alter der abgeschobenen Personen gibt es nicht.

#### Zu Frage 2:

- a) 5 Abschiebungen erfolgten aufgrund von Abschiebungsandrohungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF)
- b) 31 Abschiebungen erfolgten aufgrund von Abschiebungsanordnungen des BAMF im Dublin-Verfahren
- 61 Abschiebungen erfolgten aufgrund von Abschiebungsandrohungen, die von -334- im Rahmen der Versagung von Aufenthaltstiteln verfügt wurden
- d) 14 Abschiebungen erfolgten aufgrund von Abschiebungsandrohungen, die von -334- im Rahmen von Ausweisungen von nicht inhaftierten Personen verfügt wurden
- e) 109 Abschiebungen erfolgten direkt aus der Haft aufgrund von Abschiebungsandrohungen, die von -334- im Rahmen von Ausweisungen von inhaftierten Personen verfügt wurden

Aufteilung auf die Jahre 2010 -2014 siehe Anlage 2.

#### Zu Frage 3:

- a) Eine Statistik über gestellt Abschiebungshaftanträge gibt es nicht. Eine Ablehnung von Abschiebungshaftanträgen erfolgte seit 2010 jedoch in maximal 5 Fällen
- b) In 69 Fällen wurde Abschiebungshaft angeordnet

Aufteilung auf die Jahre 2010 - 2014 siehe Anlage 2.

# Zu Frage 4:

Folgende Kosten entstanden der Stadt Kassel in den angefragten Jahren

- 2010: 54.393,28 €

- 2011: 71.247,33 €

- 2012: 56.677,66 €

- 2013: 45.152,04 €

#### Zu Frage 5:

Die im Haushalt 2014 eingeplanten 71.300,00 € sind insbesondere für folgende Aufwendungen vorgesehen:

- Flug- und sonstigen Reisekosten
- Kosten für das Begleitpersonal (z.B. Polizeivollzugsbeamte, Ärzte und amtlich angeordnete Sicherheitsbegleitung)
- Kosten für Heimreisedokumente und die Fertigung von Lichtbildern sowie sonstige Kosten, die z.B. für Maßnahmen zur Beschaffung von Heimreisedokumenten einer ausländischen Vertretung zu erstatten sind
- Kosten für die Vorführung des Ausländers bei einer ausländischen Auslandsvertretung zur Beschaffung eines Heimreisedokumentes
- Barmittel für Verpflegung, Unterkunft und Weiterreise
- Kosten für Dolmetscher- und Übersetzungstätigkeiten
- Kosten der Abschiebungshaft
- Handlungen zur Vorbereitung dieser Maßnahmen und auch Kosten fehlgeschlagener Abschiebungsversuche
- Kosten ärztlicher Gutachten zur Frage der Flugreisetauglichkeit

# Zu Frage 6:

Die Stadt Kassel kann keine Erstattungen gegenüber Land -oder Bund geltend machen.

Im Aufrag

gez.

Norbert Strauch

Anlagen

Herkunftsländer	2010	2011	2012	2013	2014
Albanien	3	2	3	4	
Bosnien	2	1	3		75
Herzegowina					
Bulgarien	1		3	2	
Estland	1				
Frankreich	1				
Kroatien	1				1
Italien		1			1
Lettland				1	
Montenegro	1			2	
Litauen	1	1	1	1	
Mazedonien	1	2	4	3	1
Niederlande	1		1	2	
Kosovo	4	6	2		2
Polen	2	4	2	1	F-
Portugal		202	1	2	
Rumänien	1	4	1	1	1
Slowakei	1				
Schweden		90.6			1
Russische	1	1	2		
Föderation		-	-		
Spanien	1	1			1
Türkei	7	5	4	3	7
Ukraine		2	1		
Weißrussland	2	1	1		
Serbien	6	9	4	4	
Algerien	2			-	
Eritrea	-		1	1	
Nigeria		2	2	1	
Gambia		1	-6-	2	
THE RESERVE OF THE PERSON NAMED IN COLUMN TWO IS NOT THE PERSON NAMED IN COLUMN TWO IS NAMED IN COLUMN TW		2		1	
Kongo Liberia	1	4	1	*	
Madagaskar	1	1	7		
Marokko		1	4		1
Somalia	1	1	4		1
Sudan	1	1		1	1
7.5.5.5.5.5.5.5.5.5.5.5.5.5.5.5.5.5.5.5		- 31	-	1	
Togo		2	1	2	
Tunesien		3		2	
Ägypten		1			
Argentinien			1		
Brasilien			1	1	
Chile				1	
Kolumbien	-	1			
Afghanistan	1	2	2	4	
Georgien				2	

Herkunftsländer	2010	2011	2012	2013	2014
Vietnam	1	7-			
Indien	1				
Irak		1			1
Iran			2		
Libanon	1				
Pakistan					1
Thailand	1				
Usbekistan			1		
China		1	1	1	
Australien			1		
Staatenlos	1				
Ungeklärt	1	1			
Gesamt	49	58	51	43	19

Tabelle 2: Vom Herkunftsland abweichende Zielländer

Zielländer ab- Weichend vom Herkunftsland	2010	2011	2012	2013	2014
Italien	1	4	7	1	
Schweden	1	3		2	
Frankreich		1			1
Belgien		2			
Schweiz		3		1	
Spanien		2	2		
Ungarn		1			
Dänemark		1		1	
Lettland			1		
Niederlande			1	1	
Portugal				1	
Österreich					1

# Anlage 2 zur Stellungnahme vom 11.7.14

# Aufteilung nach Jahren zu Fragen 2 und 3

Sachverhalt	2010	2011	2012	2013	2014
2a	4	0	0	0	1
2b	3	13	7	7	1
2c	10	18	17	11	5
2d 2e	2	7	1	3	1
2e	30	20	26	22	11
Gesamt	49	58	51	43	19
3a	Nicht erfasst				
3b	16	24	15	13	1